

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Krings, Dr. Hans-Peter Uhl, Reinhard Grindel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gisela Piltz, Dr. Stefan Ruppert, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 17/3187 –

**Neuorganisation der Bundespolizei erfolgreich fortsetzen – Bundespolizistinnen und Bundespolizisten unterstützen**

- b) zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/3068 –

**Evaluierung der Neuorganisation der Bundespolizei durch einen wissenschaftlichen Sachverständigen**

### **A. Problem**

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP schildern die Situation der Bundespolizei sowie Durchführung und Probleme der aktuellen Neuorganisation. Mit ihrem Antrag zu Buchstabe a soll die Bundesregierung aufgefordert werden, diese Neuorganisation zügig und nach Maßgabe der abgeschlossenen Dienstvereinbarungen sozialverträglich abzuschließen. Dabei sollen das Bundespolizeipräsidium in seinen Kernkompetenzen sowie das Prinzip der Subsidiarität bei der Aufgabenwahrnehmung gestärkt, die Umsetzung moderner Personalmanagement- und Personalentwicklungskonzepte unterstützt, der lokale Bezug bei der Nachwuchsgewinnung betont und ein besonderes Augenmerk auf die Personalsituation an Flughäfen und Ballungsräumen gerichtet werden. Schließlich wird gefordert, die Zusammenarbeit der Polizeien des Bundes und der Länder bei Auslandseinsätzen zu vertiefen und die Belastung der Vollzugsbeamten mit Verwaltungsaufgaben kritisch zu analysieren.

Die Fraktion der SPD verweist in ihrem Antrag zu Buchstabe b auf die Anhörung zur Neuorganisation der Bundespolizei im Innenausschuss und die darin nach Ansicht der Antragsteller zu Tage getretenen Probleme. Die Sachverständigen hätten insbesondere die polizeifachlich falsche Organisationsstruktur, eine unangemessene Personalverteilung und Doppelarbeit, den hohen Krankenstand sowie die mangelnde Sozialverträglichkeit der Durchführung der

Reform gerügt. Die Bundesregierung soll mit dem Antrag daher aufgefordert werden, die Bundespolizeireform durch einen unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen zu evaluieren, der im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag bestellt wird.

**B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3187 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3068 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags zu Buchstabe b.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/3187 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/3068 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

### **Der Innenausschuss**

**Wolfgang Bosbach**  
Vorsitzender

**Günter Baumann**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gunkel**  
Berichterstatter

**Gisela Piltz**  
Berichterstatterin

**Frank Tempel**  
Berichterstatter

**Wolfgang Wieland**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Günter Baumann, Wolfgang Gunkel, Gisela Piltz, Frank Tempel und Wolfgang Wieland

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/3187** wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/3068** wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2010 an den Innenausschuss überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 71. Sitzung am 27. Oktober 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 8. Sitzung am 24. März 2010 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zum Thema „Neuorganisation der Bundespolizei“ durchzuführen. Die öffentliche Anhörung hat der Innenausschuss in seiner 17. Sitzung am 5. Juli 2010 durchgeführt. Auf das Protokoll der Anhörung, an der sich sieben Sachverständige beteiligt haben, wird hingewiesen (Protokoll Nr. 17/17).

Der Innenausschuss hat die Anträge auf Drucksache 17/3187 und auf Drucksache 17/3068 in der 87. Sitzung am 28. November 2012 abschließend beraten. Die Maßnahmenempfehlungen zur Reduzierung der Überbelastung und Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Bundespolizei (Ausschussdrucksache 17(4)504) lagen den Beratungen zugrunde. Der Bundesminister des Innern hat ebenso zum Stand der Neuorganisation der Bundespolizei vorgetragen.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/3187 empfiehlt der **Innenausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen.

Den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/3068 empfiehlt der **Innenausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der

Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Die **Koalitionsfraktionen** verweisen auf ihren Antrag. Dieser sei, da in etlichen Bereichen bereits Verbesserungen erfolgt seien, in Teilen nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand. Dennoch gebe er aktuell die generelle Richtung vor. Einzuräumen sei, dass der Bundespolizei in den letzten Jahren einiges zugemutet wurde. Dies betreffe insbesondere Versetzungen. Verschärft worden sei die Situation durch den Polizeiabbau der Bundesländer. Die Kriminalität an den Ostgrenzen dürfe ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden. Die Anhörung habe ergeben, dass die Sachverständigen die Reform befürworteten. Sie empfahlen aber auch Nachjustierungen. Deshalb sei es richtig, die Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern und für 2014 weitere Planstellen zu beantragen. Richtig sei es auch, den Direktionen mehr Eigenverantwortung zu geben. Allerdings müssen neue Wege zur Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landespolizei und Zoll gefunden werden, genauso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensiviert werden müsse. Entscheidend sei auch eine funktionsgerechte Abschiebung der Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen Bundespolizeipräsidium und Bundesministerium des Innern.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert den Bundesminister des Innern, da er die Konsequenzen aus dem Personalwechsel an der Spitze der Bundespolizei nicht dargelegt hätte. Zwar sei es sein Recht, Entlassungen ohne Angabe von Gründen vorzunehmen, aber er müsse den 40 000 Bundespolizisten Orientierung vorgeben. Dies habe er bisher unterlassen. Noch immer fehle ein klares Konzept. Kernaufgaben seien nicht definiert und ob die Terrorbekämpfung als ein neues Feld hinzukomme, sei nicht geklärt. Ebenso vermisse die Fraktion der SPD Erklärungen zu den Burn-out-Feststellungen. Es müsse doch eine Antwort darauf gegeben werden können, ob die Vorwürfe zuträfen oder überholt seien. Auch interessierten die Konzepte zur Zusammenarbeit zwischen BKA und Bundespolizei, z. B. in der Ausbildung oder Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), wobei die Fraktion der SPD davor warne, eine nicht sachgerechte Vermischung der Aufgabenstellungen vorzunehmen respektive das Ergebnis der Werthebach-Kommission „durch die Hintertür“ einzuführen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** konstatiert insgesamt einen totalen Aktionismus in der Innenpolitik. Der Bundesminister des Innern verteidige den Austausch der Führung der Bundespolizei und stelle diesen, ohne zu belegen, worin dieser bestehen könne, als großen Erfolg dar. Dies sei weder so ohne Weiteres hinnehmbar noch nachvollziehbar.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass ihrer Ansicht nach das Thema der Neuorganisation der Bundespolizei nicht in Gänze beraten werden könne, ohne dass die Antworten des Bundesministeriums des Innern zur Strohmeiner-Studie mit den Maßnahmenempfehlungen zur Reduzierung der Überbelastung und Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Bundespolizei vorlägen. Anfangs

habe die Fraktion Bedenken gegen diese Studie gehegt, aber es habe sich herausgestellt, dass dies eine vernünftige Studie mit vernünftigen Empfehlungen sei. Deshalb werde gebeten, im angekündigten Evaluierungsbericht aufzuführen, welche von diesen Empfehlungen umgesetzt werde.

Berlin, den 28. November 2012

**Günter Baumann**  
Berichtersteller

**Wolfgang Gunkel**  
Berichtersteller

**Gisela Piltz**  
Berichterstellerin

**Frank Tempel**  
Berichtersteller

**Wolfgang Wieland**  
Berichtersteller





